

direkt 2

ANALYSEN, BERICHTE, GRAFIKEN ZU DEN THEMEN ARBEIT, WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Inhalt

FRAUENTAG

Frauen mischen mit – nicht nur am 8. März

Seite 2

INTERVIEW

Für ein gutes Leben auch in der Krise

Seite 3

STICHWORT

Was ist eigentlich das BEEG?

Seite 4

TARIFERHÖHUNG

Verschieben muss Ausnahme bleiben

Seite 5

BRANCHENARBEIT

In guten und in schlechten Zeiten

Seite 5

SEMINARE

Richtig handeln bei Kurzarbeit

Seite 6

GUT GEMACHT!

Bosch bildet auch in der Krise weiter aus

Seite 6

ARBEIT UND RECHT

Mindesturlaub verfällt nicht

Seite 7

INFOS, TIPPS, LESERBRIEFE

Korrekte Sprache

Seite 8

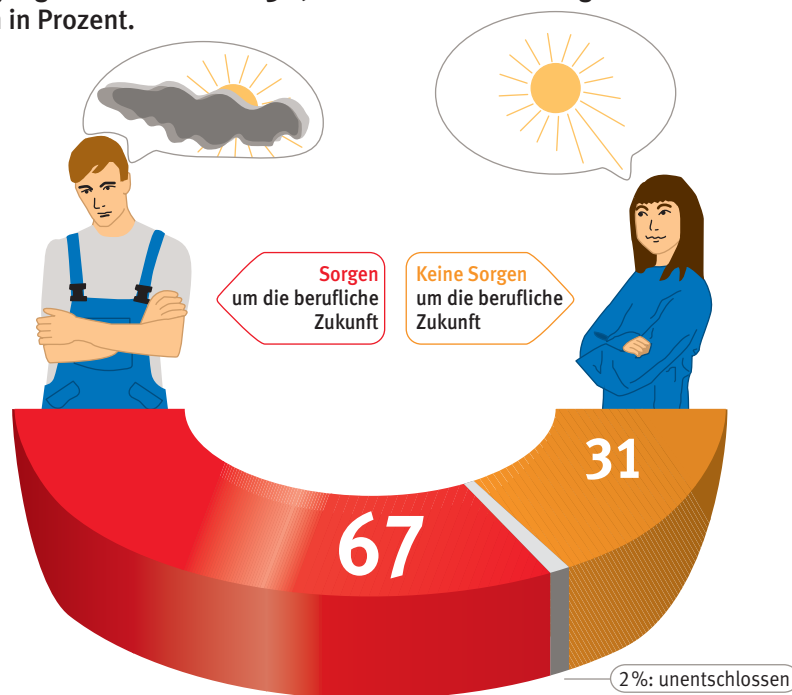
Kampagne »Gutes Leben«

Sicherheit jetzt und in Zukunft

Viele junge Menschen wünschen sich berufliche Sicherheit und faire Einkommen. Doch die Wirklichkeit sieht oft anders aus. Die Folge: Gut zwei Drittel der Jungen machen sich Sorgen um die berufliche Zukunft. Gerade in der Krise kommt es für die IG Metall darauf, sich für berufliche Sicherheit einzusetzen. | **Mehr auf Seite 3 »**

Zukunftsansichten belasten Junge

So viele junge Menschen unter 30 Jahren machen sich Sorgen um ihre Zukunft, Angaben in Prozent.



Quelle: DGB-Index Gute Arbeit, 2008

© direkt 2 | 2009

Extranet

❖ **Innovation:** Was können Betriebsräte tun?

❖ **Vermögen:** Aufschwung verschärft ungleiche Verteilung

❖ **Tagung:** Leistung und Arbeitszeit in der Krise

Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst: www.extranet.igmetall.de

Frauen mischen mit in der Politik und am Arbeitsplatz – nicht nur am 8. März

Vor 90 Jahren durften Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen. Im Grundgesetz wurden vor 60 Jahren Männer und Frauen gleichgestellt. Es hat sich einiges bewegt seit dem ersten Internationalen Frauentag vor fast 100 Jahren. Doch vor allem auf dem Arbeitsmarkt kommt die Gleichberechtigung nur langsam voran.

Beruf und Familie gehören für Frauen inzwischen ganz selbstverständlich zusammen. So stieg etwa die Zahl der berufstätigen Frauen in den letzten Jahren stark an. Doch was nach einer Erfolgsmeldung aussieht, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Mogelpackung. Vor allem Mütter arbeiten heute deutlich weniger Stunden pro Woche als noch vor acht Jahren. Minijobs und Teilzeitarbeit sind vielfach Frauensache.

Doch von solchen Jobs können Frauen oft nicht unabhängig leben, und auch die Karrierechancen schrumpfen. Für viele Personalchefs schließen sich Teilzeitarbeit und Führungspositionen aus. Mehr Gerechtigkeit beim Einkom-

Veronika Heinzinger, Ortsfrauenausschuss, Offenbach:

»Bei uns dürfen sich die Frauen diesmal etwas wünschen.



Wir stellen eine Wunschsäule auf dem Wilhelmsplatz auf, an die sie ihre politischen Forderungen pinnen können. Dort sollen sie aber nicht hängen bleiben. Je nachdem, was sich die Frauen wünschen, leiten wir die Zettel an Parteien, Gewerkschaften, die Stadt oder die Agentur für Arbeit weiter.«

Christiane Grupe, Betriebsrätin, Thyssen-Krupp Nirosta, Dillenburg:

»Wir laden dieses Jahr zu einem Kino-Märchen ein. In unserem Frauenkino läuft vormittags: »Der Mond



und andere Liebhaber«. Der Film erzählt von einer Frau, die sich nach der Pleite ihres Betriebs durchs Leben schlägt. Unser Frauenfrühstück machen meine Kollegin im Betriebsrat und ich bereits am Freitag. Denn in diesem Jahr fällt der Frauentag ja auf einen Sonntag.«

Petra Kresbach, Vorsitzende des Ortsfrauenausschusses, Schwäbisch Gmünd:

»Einfach nur unsere Thesen an die Wand schreiben – das war uns zu wenig. Deshalb haben wir zu Forderungen wie »Gleiche Arbeit, gleiches Geld« oder »Die IG Metall muss weiblicher werden« Collagen gemacht. Mit einem dieser Bilder gehen wir am 8. März in die Stadt und laden Passantinnen zu unserer Ausstellung ein, in der wir alle Collagen zeigen.«



Jennifer Schmidt, Ortsfrauenausschuss, Halle:

»Das Motto des Frauentags heißt ja »Frauen bestimmt«, und mit dem Motto wollen wir spielen. Wir schreiben auf



Karten, wie die Situation von Frauen ist, und auf andere, wie sie sein sollte. Mit den Karten wollen wir dann bei uns in der Stadt Aktionen machen. Wir werden sie etwa vermischen. Nach dem Motto, Frauen mischen sich ein, mischen mit – am Arbeitsplatz und in der Politik.«

men und gleiche Berufschancen stehen laut einer Allensbach-Untersuchung bei vielen Frauen ganz oben auf der Gleichberechtigungs-Liste. Allerdings zeigt die Untersuchung auch: Viele Frauen sehen Gewerkschaften dabei nicht als die Vertreter ihrer Interessen.

Wer Frauen gewinnen will, muss deshalb auch ihre Themen ansprechen. Für Isaf Gün vom Fachbereich Frauen- und Gleichstellungspolitik beim IG Metall-Vorstand heißt das: »Es gibt nicht ein Thema für alle Frauen. Betriebsräte, die Frauen werben wollen, müssen sich deshalb überlegen, mit welchem Thema sie wen am besten ansprechen können.« ■

Impressum

direkt Der Infodienst der IG Metall

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzels, Bertin Eichler, IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin:

Susanne Rohmund (verantwortl. i. S. d. P.)

Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe

Redaktion: Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus

Bildredaktion: Michael Schinke

Vertrieb: Reinhold Weißmann,

Telefon: 069-66 93-22 24,

Fax: 069-66 93-25 38,

vertrieb@igmetall.de

Druck: apm AG, Darmstadt,

Anzeigen: Patricia Schledz,

Telefon: 06151-81 27-0,

Fax: 06151-80 93 98,

schledz@zweiplus.de

direkt im Internet:

www.igmetall.de/direkt

Telefon der Redaktion:

0800-446 38 25,

Fax: 069-66 93-20 00

E-Mail: direkt@igmetall.de

Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Aktionsideen

Neue Ideen zum Frauentag gibt es im Extranet.

■ Veraltete Frauenbilder gehören ins Museum. Warum sie nicht symbolisch dort hinbringen? Voraussetzung für diese Aktion: ein guter Draht zum örtlichen Museum.

■ Beim Rededuell können jüngere gegen ältere Frauen antreten. Jedes Team erhält pro Thema eine feste Redezeit.

Mehr Ideen unter:

► www.extranet.igmetall.de

→ Themen

→ Gleichstellung

→ Frauentag

Fotos: Privat

Gerade in der Krise müssen wir für gutes Leben streiten

Kurzarbeit und Angst um den Arbeitsplatz beschäftigt zurzeit viele Menschen in den Betrieben. Warum es sich gerade jetzt lohnt, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, erklärt Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall.

? direkt: Die IG Metall startet eine Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben«. Warum gerade in der Krise?

Detlef Wetzel: »Weil wir gerade jetzt für ein gutes Leben streiten müssen. Zu einem guten Leben gehört vor allem ein sicherer Job. Aber auch all die anderen Dinge, die ein gutes Leben ausmachen, wie Anerkennung und Erfolge im Beruf, gute Arbeitsbedingungen, Zeit für sich, für Freunde und Familie. Das darf jetzt nicht alles den Bach runter gehen. Die Menschen dürfen nicht die Leidtragenden wirtschaftlichen Versagens sein. Wer ein gutes Leben will, darf nicht in Angst erstarren, sondern muss handeln.«

? direkt: Und wer bestimmt, was zu einem guten Leben gehört?

Wetzel: »Ich habe kein Thesepapier in der Schublade, auf dem ich mal eben abhandle, was zu einem guten Leben gehört. Diese Frage können und sollen sich unsere Mitglieder, die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und die Menschen auf der Straße selbst stellen – und auch beantworten.«

? direkt: Was ist dazu geplant?

Wetzel: »Wir werden die Menschen fragen, was für sie zu einem guten Leben gehört. Da sind unsere Betriebe für uns natürlich die erste Adresse. Unsere Betriebsräte und Vertrauensleute kennen vor allem die Probleme am Arbeitsplatz – für sie ist dieses Thema tägliches Brot. Doch wir wollen von



Foto: Gaby Gerster

Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, zur neuen Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben«

»Die Politik muss endlich wieder die Menschen und ihre Interessen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen.«

Und so läuft's:

- Befragung der Beschäftigten von April bis Juni
- Diskussionen im Internet und an öffentlichen Plätzen
- Forderungen an die Politik zur Bundestagswahl

Lesestoff

Zur Kampagne gibt es die Broschüre »Gemeinsam für ein gutes Leben«. Sie kann über die Verwaltungsstellen bezogen werden.

möglichst vielen Menschen wissen, was für sie gutes Leben bedeutet. Jeder soll die Chance haben, uns seine Erwartungen zu erzählen. In der Praxis heißt das: Wir befragen Beschäftigte in den Betrieben, auf der Straße und im Internet.«

? direkt: Und wann gibt es das gute Leben für alle?

Wetzel: »Natürlich werden wir uns dort, wo wir stark sind – nämlich in den Betrieben – für gutes Leben einsetzen. Gute Arbeitsbedingungen sind unser Kerngeschäft. Wir werden diese Frage aber vor allem der Politik stellen. Aus den Antworten der Menschen leiten wir Forderungen ab. Wir werden nicht locker lassen, bis wir vernünftige Antworten aus Berlin bekommen.«

? direkt: Dass Politik Wünsche erfüllt – ist das nicht ein gewagtes Ziel?

Wetzel: »Die Politik war immer sehr gut darin, die Wünsche der Wirtschaftslobby zu erfüllen. Das Ergebnis kennen wir. Wenn wir nicht aus einer Krise in die nächste steuern wollen, muss die Politik umdenken. Wer immer die nächste Regierung stellt: Sie muss endlich die Menschen wieder in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Unsere Politiker dürfen sich nicht hinter der Krise verstecken. Wenn sie von den Menschen gewählt werden wollen, müssen sie ihnen zuhören und ihre Bedürfnisse ernst nehmen.«

KURZARBEIT I

Nachteile für Eltern

Für werdende Eltern könnte Kurzarbeit teuer werden. Ihr Anspruch auf Elterngeld beträgt 67 Prozent des Durchschnitts-Nettoeinkommens der letzten zwölf Monate. Arbeiten werdende Väter und Mütter in dieser Zeit kurz und verdienen entsprechend weniger, verringert sich auch ihr Anspruch auf Elterngeld. Es empfiehlt sich daher, werdende Väter und Schwangere möglichst von Kurzarbeit auszunehmen. ■

KURZARBEIT II

Weniger Rente

Bei Kurzarbeit sinkt nicht nur das Gehalt, sondern auch der spätere Rentenanspruch. Wegen einer Sonderregel sind die Auswirkungen aber relativ gering. Der Grund: Zwar werden die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlten Rentenbeiträge während der Kurzarbeit auf Basis des reduzierten Verdiensts berechnet. Der Arbeitgeber zahlt aber zusätzlich Beiträge auf Basis von 80 Prozent des wegen der Kurzarbeit ausgefallenen Verdiensts. ■

STUDIE

Vorbehalte gegen Ältere

Eine neue Studie der Uni Bamberg belegt: In Deutschland gibt es mehr Vorbehalte gegenüber älteren Beschäftigten als beispielsweise in Großbritannien. Der Grund für die Diskriminierung: Das Personalmanagement ist immer noch zu jugendlich ausgeprägt. Ältere werden bei Einstellung, Beförderung und Weiterbildung sowie bei ihrer Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung benachteiligt. ■ Die Studie gibt es unter:

► www.gesis.org

→ news & topics

→ ISI 41

❖ TEXTIL/BEKLEIDUNG

Nix gewesen

Ohne Ergebnis endete die erste Tarifverhandlung für die westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie. Die Arbeitgeber lehnten eine Übernahmepflicht für Azubis ab und beim Lohn sahen sie »keinen Nachholbedarf«. Die IG Metall fordert 5,5 Prozent mehr Geld sowie Verhandlungen über einen Tarifvertrag zum Altersübergang. ■ Mehr zum Thema unter:

- www.extranet.igmetall.de
- Themen → Tarifpolitik
- Aktuelle Tarifrunden

❖ STAHL

Neue Runde

In der Stahlindustrie stehen Verhandlungen an. Der Tarifvertrag, der 2008 ein Lohnplus von 5,2 Prozent für 14 Monate brachte, läuft Ende März aus. Wann die neue Runde beginnt, ist offen. Die Tarifkommissionen NRW und Ost tagen am 25. und 26. Februar. Neben mehr Geld gehören Altersteilzeit, Beschäftigungssicherung und Zuzahlungen zum Kurzarbeitergeld zu den Themen, die diskutiert werden. ■

❖ RENTE

Altersarmut verhindern

Vor dem Hintergrund drohender Altersarmut hat der DGB eine Kampagne für eine solidarische Alterssicherung gestartet. Das Motto: »Rente muss zum Leben reichen.« Nach Berechnungen des DGB wird das Rentenniveau bis 2030 um bis zu 30 Prozent absacken. Daher müsse die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut, Geringverdiener besser abgesichert und die Rente mit 67 abgeschafft werden. ■ Mehr zum Thema unter:

- www.ichwillrente.net

... das BEEG?

WAS IST EIGENTLICH ...

Hinter den vier Buchstaben BEEG verbirgt sich das »Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz«. In diesem umfangreichen Regelwerk ist festgehalten, in welchem Ausmaß der Staat Eltern finanziell unterstützt (Abschnitt 1) und unter welchen Umständen man ein Anrecht auf Elternzeit hat (Abschnitt 2).

In der Regel gilt: In der Elternzeit erhält der nicht arbeitende Elternteil 67 Prozent seines vorherigen Nettoeinkommens. Dieses misst sich am Durchschnitt der letzten zwölf Monate. Wer mit seinem Netto über (circa) 2700 Euro liegt, erhält allerdings maximal 1800 Euro. Das Elterngeld bekommt man höchstens zwölf Monate. Die Elternzeit ist jedoch länger: Bis zum dritten Geburtstag des Kindes haben Arbeitnehmer das Recht auf Freistellung, können also ihren Arbeitsplatz in dieser Auszeit nicht verlieren.

Im Januar sind einige Änderungen im BEEG in Kraft getreten. Jetzt können auch erwerbstätige Großeltern in

die »Elternzeit«. Das allerdings nur, wenn sie mit dem zu betreuenden Enkelkind in einem Haus wohnen. Ein Recht auf Elterngeld haben sie dadurch nicht. Neu ist auch, dass das Gehalt aus dem Wehr- oder Zivildienst nicht in die Nettorechnung einbezogen wird. Interessant also für junge Väter, die vor dem Dienst besser verdienen als währenddessen. Wichtig ist eine Änderung in puncto »Mindestbezugsdauer«. Früher war es möglich, dass ein Elternteil nur einen Monat Elternzeit nahm, jetzt sind mindestens zwei vorgeschrieben.

Achtung: Das BEEG ist ein komplexes Gesetz mit sehr vielen Ausnahmen. Sich gut zu informieren, lohnt sich, um die Belegschaft in Einzelfällen kompetent informieren zu können. (Siehe dazu auch Kurzmeldung auf S. 3.) ■

Das vollständige Gesetz ist zu finden unter:

- www.gesetze-im-internet.de
- Gesetze/Verordnungen
- Buchstabe »B« → BEEG

Infos❖ **Material**

Im Extranet gibt es viele weitere Informationen, Broschüren und Tipps zum Thema:

- www.extranet.igmetall.de
- Themen
- Gleichstellung
- Elterngeld

✂ | direkt 2 | 2009

ERSTER UMWELTWIRTSCHAFTSBERICHT

Mehr Arbeitsplätze in der Umweltwirtschaft

Zwischen den Jahren 2005 und 2007 ist der Produktionswert der in Deutschland produzierten Umweltgüter um 27 Prozent gewachsen. Sie machen inzwischen fünf Prozent der gesamten Industriegüterproduktion aus. Zu diesem Ergebnis kommt der erste Um-

❖ **Materialien**

Der erste Umweltwirtschaftsbericht von BMU und UBA ist im Netz der Behörden veröffentlicht:

- www.bmu.de
- www.umweltbundesamt.de

weltwirtschaftsbericht von Bundesumweltministerium (BMU) und Umweltbundesamt (UBA). Dem Bericht zufolge wächst auch die Anzahl der Arbeitsplätze in grünen Zukunftsmärkten: Für die Zeit zwischen 2007 und 2009 wird eine Zunahme von 13 Prozent prognostiziert. ■

Lohnerhöhung verschieben muss die Ausnahme sein

Wegen der Krise müssten viele Betriebe die für Mai vereinbarten 2,1 Prozent mehr Geld verschieben, droht Gesamtmetall-Chef Martin Kanneiesser. Noch ist er einsamer Rufer in der Arbeitgeber-Wüste. Das könnte sich bald ändern. Was dann?

»Noch ist Ruhe im Karton, weil die Arbeitgeber mit Kurzarbeit beschäftigt sind«, vermutet Hartmut Schulz, Tarifsekretär im IG Metall-Bezirk Küste. Bisher hat kaum eine Firma beantragt, die zweite Tarifierhöhung zu verschieben. Die IG Metall rechnet aber damit, dass doch eine Reihe von Betrieben die Krise nutzt und die Betriebsräte in den nächsten Monaten unter Druck setzt, einer Verschiebung zuzustimmen.

Die Position der IG Metall ist klar: Grundsätzlich lehnt sie Verschieben ab. Es soll nur im Ausnahmefall möglich sein. Jeder Einzelfall muss geprüft werden. Dazu soll der Betrieb Daten über die wirtschaftliche Lage auf den Tisch legen.

Verschieben löst kein Liquiditäts- und Ertragsproblem. Jörg Hofmann, IG Metall-Bezirksleiter in Stuttgart, hat vorgerechnet: Wenn die Personalkosten 20 Prozent der Gesamtkosten aus-

machen, steigen sie durch ein Lohnplus von 2,1 Prozent nur um 0,29 Prozent. Einem Betrieb mit größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten hilft das nicht aus der Klemme.

Wird über eine Verschiebung verhandelt, soll die IG Metall daran beteiligt sein. Und betriebliche Tarifkommissionen bilden. Im Tarifvertrag der Küste ist ausdrücklich festgelegt: Der Betriebsrat kann verlangen, dass der Fall in einem tariflichen Verfahren geregelt wird, nicht (nur) per freiwilliger Betriebsvereinbarung.

Dabei sollten Gegenforderungen formuliert werden – mindestens Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, Erhalt der Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme.

Die IG Metall-Mitglieder im Betrieb sollen mitentscheiden und in Mitgliederversammlungen ihr Votum dazu abgeben. Sagt die Mehrheit nein, gibt es keine Verschiebung. ■



Foto: Markus Kirchgesner

Wolfgang Rhode, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zur überbetrieblichen Zusammenarbeit in den Branchen.

»Wenn sich unsere Betriebsräte über die wirtschaftliche Lage austauschen, relativieren sich oft die Klagen der Chefs.«

Austausch in guten und in schlechten Zeiten

? direkt: In vielen Branchen hat die IG Metall Betriebsrats-Netzwerke aufgebaut. Welches Ziel verfolgt sie mit der Branchenarbeit?

Wolfgang Rhode: »Wir wollen Betriebsräte unterstützen, überbetrieblich zusammenzuarbeiten. Das ist gerade in Zeiten der Globalisierung notwendiger denn je. Denn Arbeitgeber versuchen immer wieder, Belegschaften gegeneinander auszuspielen.«

? direkt: Aber dafür gibt es doch auch Europäische Betriebsräte? Wo ist der Unterschied?

Rhode: »Europäische Betriebsräte beschränken sich auf ein Unternehmen. Mit unserer Branchenarbeit bringen wir Betriebsräte konkurrierender Unternehmen zusammen.«

? direkt: Worüber tauschen sich Betriebsräte von Konkurrenz-Unternehmen aus?

Rhode: »Energiesparen ist zurzeit in vielen Teilbranchen des Maschinenbaus ein wichtiges Thema. Und Informationen über die wirtschaftliche Lage der Branche werden regelmäßig ausgetauscht. Das relativiert für manche Betriebsräte die Klagen des eigenen Chefs. Denn wenn es allen anderen gut geht, kann es zumindest nicht an der allgemeinen Wirtschaftslage liegen.«

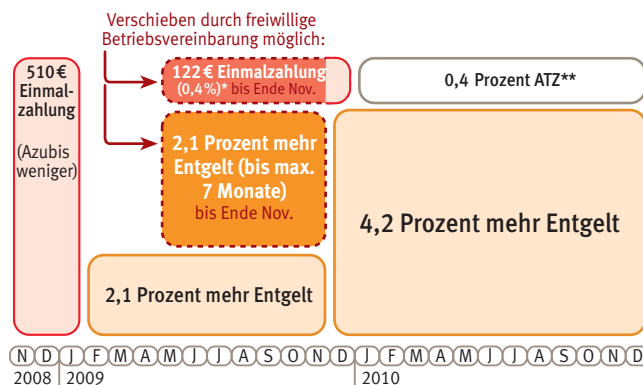
? direkt: Was bringt die Zusammenarbeit?

Rhode: »Sie schafft Transparenz innerhalb der Branche. Wenn Arbeitgeber Grausamkeiten durchsetzen wollen, verstecken sie sich schon mal hinter der Konkurrenz. Belegschaften müssen angeblich länger arbeiten, weil es die Konkurrenz auch tut. So etwas kann man unseren Betriebsräten nicht erzählen, wenn sie sich gegenseitig informieren. Besonders in Krisenzeiten ist es wichtig, Angriffe auf den Tarifvertrag gemeinsam abzuwehren.«

? direkt: Und was beschäftigt die Betriebsräte in wirtschaftlich guten Zeiten?

Rhode: »Durch die Kontakte zu anderen Unternehmen können sie früher erkennen, wie sich der Markt entwickelt, welche Techniken gebraucht werden und wo zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. Auch politische Rahmenbedingungen sind für manche Branchen wie etwa die Energieanlagenbauer ein wichtiges Thema. Hier versuchen die Kollegen gemeinsam Einfluss zu nehmen.«

Der Tarifabschluss für die Metallindustrie 2008



* Wird die Tarifierhöhung verschoben, verringert sich auch die Einmalzahlung entsprechend (pro verschobenem Monat um 15,25 Euro).

**Ab Januar 2010 werden die 0,4 Prozent für neue Altersteilzeitregelungen verwendet.

Quelle: IG Metall

© direkt 2 | 2009

IG METALL-WORKSHOP

Duales System – wohin?

Die duale Ausbildung hat Zukunft in Europa, lautet das Fazit eines Workshops beim IG Metall-Vorstand Ende Januar. Experten aus Wissenschaft und Betrieben diskutierten, wie die duale Ausbildung modernisiert werden kann, welche Rolle die Hochschulen spielen können oder was die Modularisierung bringt. Betriebliche Experten betonten besonders die persönlichkeitsbildende Bedeutung der betrieblichen Ausbildung. ■

Workshop-Materialien unter:

► www.extranet.igmetall.de

→ Themen → Bildung

→ Ausbildung → Fachtagung

WELTSOZIALFORUM

Sozial aus der Krise

100 000 Teilnehmer des Weltsocialforums in Belém/Brasilien legten Anfang Februar einen Maßnahmenkatalog zur sozialen Reform des Weltfinanzsystems vor. Am 28. März soll es einen globalen Aktionstag geben. Zuvor lädt Attac Deutschland vom 6. bis 8. März zu einem Kongress ein. ■

Berichte und Material unter:

► www.attac.de

Neue IG Metall-Seminare zum Handeln in der Krise

Durch die Krise kommt viel Arbeit auf Betriebsräte zu: Kurzarbeit, Kostensenkung, Umstrukturierung. Die IG Metall-Bildungsstätten haben schnell reagiert und bieten viele neue Seminare an – auch auf Anfrage und maßgeschneidert.

Die IG Metall-Bildungsstätten haben eine Reihe Seminare zur Bewältigung der Krise an. Zudem werden bestehende Seminare an die Anforderungen der Krise angepasst.

In allen Bildungsstätten gibt es neu konzipierte betriebswirtschaftliche Grundlagenseminare zur Bewertung der Krise im Betrieb, die bereits angelaufen sind, sowie Seminare zu Umstrukturierung und Beschäftigungssicherung.

Speziell zu Beschäftigungssicherung und Kurzarbeit haben das Bildungszentrum Sprockhövel, die Bildungsstätte Bad Orb und die Kritische Akademie Inzell ab März mehrere drei- bis viertägige Seminare im Programm – auf Anfrage auch weitere. Die Wilhelm-Bock-Schule Beverungen und die Bildungsstätte Berlin bieten Se-



Seminare

Seminarprogramm

Das neue Seminarangebot zum Handeln in der Krise im Extranet:

► www.igmetall.extranet.de

→ Themen

→ Bildung

Dort findet Ihr auch Kontakte zu den IG Metall-Bildungsstätten für mehr Infos, etwa zu speziell zugeschnittenen Angeboten.

minare nach Absprache, Berlin auch maßgeschneiderte Bildung mit weiterer Betreuung.

Qualifizierung in der Kurzarbeit unter Nutzung neuer Fördermittel ist Schwerpunkt in der Bildungsstätte Lohr. Das erste von sieben dreitägigen Seminaren beginnt Mitte Februar. Dort wird die Basis für die betriebliche Umsetzung mit Partnern vor Ort, wie dem Berufsbildungswerk des DGB gelegt.

Weiterer Schwerpunkt in Sprockhövel sind Seminare zum Era, um krisenmotivierte Kostensenkungen bei der Eingruppierung und beim Leistungsentgelt zu verhindern.

Desweiteren gibt es auf die Krise zugeschnittene Grundlagenseminare, Seminare zur Medienarbeit, Gesundheit und Jugendseminare. ■

Gut gemacht!

Bosch hält Zahl der Ausbildungsplätze trotz Krise stabil

Dank Rahmenvereinbarung wird weiterhin über Bedarf ausgebildet. Betriebsrat und JAV setzen sich für Übernahme ein.

Wie alle Automobilzulieferer ist Bosch massiv von der Krise betroffen – und spart trotzdem nicht an der Ausbildung: In diesem Jahr werden genauso viele Auszubildende eingestellt wie in den Jahren zuvor.

Für den hohen Stellenwert der Ausbildung hat der Gesamtbetriebsrat Druck gemacht. Seit Ende 2006 gibt es ein Rahmen-

papier zu Ausbildungsplätzen und Übernahme – »grundsätzlich unbefristet«. Seit 2008 fallen auch die dual Studierenden unter die Regelung.

Wegen der Krise werden die Azubis dieses Jahr zum Teil nur befristet übernommen. Der Gesamtbetriebsrat hat Fördergelder für Weiterbildung und Studium der Azubis durchge-

Material

Die Pressemitteilung von Bosch und das Rahmenpapier zur Ausbildung und Übernahme gibt es im Extranet:

► www.extranet.igmetall.de

→ Themen

→ Bildung

→ Ausbildung

setzt und will sich gemeinsam mit der JAV aktiv an der »Operation Übernahme« der IG Metall-Jugend beteiligen.

»Gerade in Krisenzeiten ist es uns wichtig den Grundsatz unbefristete Übernahme beizubehalten«, betont Björn Kahlis vom Gesamtbetriebsrat. »Wir sind nicht bereit, unsere Azubis auf die Straße zu setzen.« ■

ARBEITSZEUGNIS

Krumme Daten können zu Irrtümern führen

Arbeitgeber müssen Zeugnisse neu ausstellen, wenn sie formelle Fehler aufweisen. Dazu gehören etwa ein falsch geschriebener Name oder ein nicht korrektes Datum für das Ende des Arbeitsverhältnisses. Im strittigen Fall hatte der Arbeitgeber den 30. statt den 31. Oktober als Datum für die Beendigung des Arbeitsverhältnisses angegeben. Diesen Fehler werteten die Richter besonders schwer, da zukünftige Arbeitgeber aus dem krummen Datum auf eine vorzeitige Beendigung des Arbeitsverhältnisses schließen könnten. ■ **LAG Hessen vom 23. September 2008 – 12 Ta 250/08**

SOZIALPLAN

Ausnahmen sind durchaus möglich

Eine Sozialplanregelung ist auch dann noch zulässig, wenn sie für die Bemessung der Abfindung grundsätzlich das letzte Monatsgehalt zugrunde legt, aber dennoch Ausnahmen vorsieht. Es verstößt nicht gegen Gleichbehandlungspflichten, wenn bei Arbeitnehmern, bei denen das Monatsentgelt zuletzt stark schwankte, ein Durchschnittsgehalt für die Bemessung zugrunde gelegt wird. ■ **LAG Köln vom 22. Januar 2008 – 9 Sa 1116/07**

VERSORGUNGSZUSAGE

Widerruf für die Zukunft nicht ausgeschlossen

Ein Arbeitgeber kann eine Versorgungszusage für die Zukunft widerrufen. Auch eine in einer Gesamtbetriebsvereinbarung vorgesehene Nachwirkung schließt das nicht aus. ■ **BAG vom 9. Dezember 2008 – 3 AZR 384/07**

Mehr Wissen

Pflege

Seit dem letzten Jahr haben Beschäftigte die Möglichkeit, sich für die Pflege von Angehörigen am Arbeitsplatz eine Auszeit zu nehmen. Worauf es dabei ankommt und welche arbeits- und sozialrechtlichen Fragen sich für die Betroffenen in diesem Fall stellen können, erklärt das Buch von Michael Kosens: »Pflegezeitgesetz, Der neue Basiskommentar«, Bund-Verlag, 2009
► www.bund-verlag.de

Rechtsfälle

Die Krise ist auch bei den Arbeitsgerichten angekommen. Das ergab eine Auswertung der DGB Rechtsschutz GmbH. Danach stieg die Zahl der von ihr erhobenen Kündigungsschutzklagen im letzten Quartal im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als 50 Prozent. Die Zahl der Rechtsstreite um befristete Verträge hat sich fast verdoppelt.
► www.dgbrechtschutz.de

BETÄTIGUNGSFREIHEIT

Gewerkschaftspost an Dienstadresse zulässig

Gewerkschaften dürfen Beschäftigte an ihre betriebliche E-Mail-Adresse Informationen schicken. Dieses Recht ist nach Ansicht des Bundesarbeitsgerichts Teil der durch Artikel 9 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz geschützten Betätigungsfreiheit.

Dieses Recht kann der Arbeitgeber auch nicht dadurch einschränken, dass er den Gebrauch der Dienstadresse für private E-Mails untersagt. Doch dürfen dadurch keine Störungen des Betriebsablaufs oder messbare wirtschaftliche Nachteile für den Arbeitgeber entstehen. ■ **BAG vom 20. Januar 2009 – 1 AZR 515/08**

MITBESTIMMUNG

Schulungen gehören zur Arbeitszeit

Die Teilnahme an Schulungen gilt als Arbeitszeit im Sinne von § 87 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BetrVG, wenn der Arbeitgeber sie angeordnet hat. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Arbeitszeit im vergütungs- und/oder arbeitsschutzrechtlichen Sinn handelt. ■ **BAG vom 15. August 2008 – 1 ABR 44/07**

BETRIEBSRATSWAHL

Zahl der durchschnittlich Beschäftigten gilt

Beschäftigt ein Arbeitgeber regelmäßig Aushilfen, richtet sich die Zahl der Betriebsratsmitglieder nach der Zahl der durchschnittlich an einem Tag im Betrieb Beschäftigten. Ein Verstoß gegen § 9 BetrVG, der die Anzahl der Betriebsratsmitglieder regelt, führt zur Unwirksamkeit der Wahl. ■ **BAG vom 7. Mai 2008 – 7 ABR 17/07**

KÜNDIGUNG

Verdachtsmomente können ausreichen

Eine Verdachtskündigung ist zulässig, wenn sich starke Verdachtsmomente auf objektive Tatsachen gründen. Darüber hinaus müssen die Verdachtsmomente dazu geeignet sein, die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses erforderliche Vertrauen zu zerstören. Allerdings muss der Arbeitgeber zuvor alle zumutbaren Anstrengungen unternommen haben, um den Sachverhalt aufzuklären. Insbesondere muss der betroffenen Arbeitnehmer Gelegenheit erhalten, den gegen ihn bestehenden Verdacht zu entkräften. ■ **BAG vom 13. März 2008 – 2 AZR 961/06**

EUROPARECHT

Mindesturlaub verfällt bei Krankheit nicht

Wer aufgrund einer längeren Erkrankung seinen Jahresurlaub auch im Folgejahr nicht nehmen kann, muss dennoch nicht darauf verzichten. Nach Ansicht des Europäischen Gerichtshofs verstößt die deutsche Regelung, wonach der gesetzliche Mindesturlaub bei Krankheit spätestens am 31. März des Folgejahres verfällt, gegen Europäisches Recht. Gemäß Artikel 7 der EU-Richtlinie 2003/88 kann Urlaub, der wegen Krankheit nicht genommen wurde, nicht verfallen. Das gilt jedoch nur für den gesetzlichen Mindesturlaub. Auch bei Beendigung eines Arbeitsverhältnisses bleibt der Anspruch bestehen. Urlaubsansprüche müssen auch dann abgegolten werden, wenn ein Arbeitnehmer zum Zeitpunkt seines Ausscheidens arbeitsunfähig war. ■ **EuGH vom 20. Januar 2009 – C-350/06**

❖ Stellenangebote

Die IG Metall-Verwaltungsstelle **Duisburg-Dinslaken** sucht **zwei politische Sekretärinnen** oder **politische Sekretäre**. Bei der einen Stelle liegen die Schwerpunkte beim Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht sowie bei Fragen rund um das Schwerbehindertenrecht. Für die zweite Stelle wird jemand mit besonderen Kenntnissen und Erfahrungen in betriebswirtschaftlichen und unternehmensrechtlichen Fragen gesucht, um Betriebsräte und Vertrauensleute zu beraten und zu unterstützen. Es handelt sich in beiden Fällen um unbefristete Vollzeitstellen, die ab sofort zu besetzen sind. Die Bewerbungsfristen enden am 27. Februar. ■

Weitere Infos zu den Stellen:

- www.extranet.igmetall.de
 - IG Metall
 - Stellenausschreibung

❖ Material

»**Gendersprache**« lautet der Titel der IG Metall-Broschüre, die dabei hilft, Öffentlichkeitsarbeit so zu gestalten, dass sie Frauen und Männer gleich gut anspricht. Neben Tipps für Texte und Bilder gibt es auch Checklisten, was etwa bei Versammlungen und Veranstaltungen im Sinne der Gendersprache zu beachten ist. ■

Zum Herunterladen unter:

- www.extranet.igmetall.de
 - Themen
 - Gleichstellung
 - Gender Mainstreaming
 - Broschüren

❖ Leserbrief

direkt 1/2009, Seite 8,
zu: »Was die Welt bewegt«:
»Endlich mal Satire, die den Namen verdient.«
Rüdiger Kahlke,
Meinerzhagen

Was die Welt bewegt

Geständige Straftäter können, selbst wenn sie fast eine Million entwendet haben, mit einer Bewährungsstrafe rechnen – wenn sie Zumwinkel heißen. Der sagte nach dem Urteil über ihn, er verliere den »Glauben an den Rechtsstaat«. Kleinkriminelle mit Knast-Erfahrung tun das spätestens jetzt auch.

»**Eau de Cologne**«, das Wasser aus Köln, feiert Geburtstag. Es riecht jetzt schon 300 Jahre.

Die Bahn bleibt sich treu: Die Informationen über die Bspitzelungen 2002 bis 2005 kamen mit erheblicher Verspätung.

Die FDP, die Hohepriesterin von freiem Markt und wenig Staat,

steht jetzt, wo der Staat überall die durch den freien Markt entstandenen Brände löschen muss, in der Wählergunst so gut da wie nie. Offenbar halten viele Menschen Brandstifter für die besten Feuerlöscher.

Sagt uns Eure Meinung!

Ob Lob oder Kritik, Themenwünsche oder Anregungen: Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift: Schreibt uns per E-Mail:

► direkt@igmetall.de

So manche Firmen nutzen die Krise als Vorwand, um sich von den »Low Performern« (altdeutsch: leistungsschwächeren Mitarbeitern) zu trennen, schreibt das »Handelsblatt«. Wir fragen besorgt: Wohin bloß mit all den dann arbeitslosen Managern?

Wirtschaftsminister Michael Glos setzt ein politisches Zeichen: Der 64-Jährige soll und will nicht bis 67 arbeiten. ■

